

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 8  
September  
2000

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Ge-  
sellschaft e. V. in Bonn.

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

unsere Berliner Treffen entwickeln sich Schritt für Schritt zu einer geschätzten Selbstverständlichkeit. Dafür haben wir insbesondere dem Engagement unserer Berliner Mitglieder zu danken, ebenso den in Berlin ansässigen Institutionen und Unternehmen, die unsere Diskussionsrunden mit geeigneten Räumlichkeiten unterstützen.

Neben einer Reihe von thematischen Dauerbrennern wie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) und der Rolle Russlands für die euroatlantische Sicherheit finden in diesen Tagen zwei Themen besondere außen- und sicherheitspolitische Aufmerksamkeit: die Bundeswehrreform und ihre bündnis- wie europapolitischen Implikationen sowie der anstehende Umbruch in der US-amerikanischen Administration.

Beide Themen werden in diesen *Denkwürdigkeiten* behandelt. **Volker Krönings** Stichpunkte reflektieren seine Ausführungen zur Finanzierung der Bundeswehrreform bei unserem Mitgliedertreffen am 13. Juli in Berlin. Von unserem Washington-Insider **atlanticus** erfahren wir Hintergründe zur US-Strategie nach den Novemberwahlen.

---

*Oberst i.G. Ralph Thiele ist  
Gründungsvorsitzender der pmg*

## In dieser Ausgabe

### 1 Die neue Bundeswehr und der Preis der Reformen

Stichtpunkte von **Volker Krönings**, MdB bei seinem Vortrag vor der pmg

### 3 Buchbesprechung: Monarchie im Krisenbogen vorgestellt von Hans-Ulrich Seidt

### 4 NATO, Europe and the new Bundeswehr

Ein Blick in die Zukunft der deutschen Streitkräfte von **Ralph Thiele**

### 9 Kontinuität im Eliten – Dynamik des Wandels

Überlegungen zur US-Strategie nach den Novemberwahlen von **atlanticus**

## THEMEN

### Die neue Bundeswehr und der Preis ihrer Reform

1. Die Bundesregierung hat am 14. Juni 2000 - nach den Vorarbeiten unter Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker und des ehemaligen Generalinspektors von Kirchbach - "Eckpfeiler" der Bundeswehrreform beschlossen, die
  - die „Sicherheitspolitische Ausgangslage“ definieren, insbesondere den Begriff "zeitgemäßer Sicherheitspolitik" und Vorgaben für "Aufgaben und Fähigkeiten",
  - als "Eckpfeiler" nennen:
    - Staatsbürger in Uniform und Innere Führung,
    - Personal,
    - Ausrüstung und Material,
    - Umfang und Zusammensetzung der Bundeswehr und
    - Allgemeine Wehrpflicht sowie
  - in einen Katalog von "Maßnahmen" in den Jahren 2001 und 2002 münden.

2. Die finanzpolitische Prämisse lautet:

„Die Reform der Bundeswehr und die einzelnen Maßnahmen halten die Mittelfristige Finanzplanung ein. Einzelheiten regelt die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Verteidigung zu den Rahmenbedingungen des Konzepts, Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr“.

3. Am 21. Juni 2000 hat die Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushaltes 2001 und den Finanzplan des Bundes 2000 - 2004 (einstimmig) beschlossen. Die Regierung sieht 2001 einen Ausgabenzuwachs von 0,0 Prozent und in den Jahren 2002 - 2004 von 1,9, 1,5 und 1,5 Prozent sowie eine schrittweise Reduzierung der Nettokreditaufnahme von 46,1 Mrd. DM in 2001 über 41,2 und 30,4 auf 20,0 Mrd. DM bis 2004 vor.

Die Kernaussagen der Kabinettsvorlage lauten:

- "Das mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung bis zum Jahr 2006 bildet die zentrale Aussage dieser ... finanzpolitischen Strategie. Ist das Ziel ... erreicht, kann der Schuldenstand des Bundes schrittweise abgebaut werden ..."
- Die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der Ausgaben in Höhe von 0,8 Prozent liegt „deutlich unter dem erwarteten Anstieg des nominalen Bruttoinlandsproduktes von jahresdurchschnittlich knapp 4 v.H."
- "Die Zusatzbelastungen für den Bundeshaushalt durch die Steuerreform werden aufgefangen durch
  - die konsequente Fortsetzung des Finanzierungsvorbehalts,
  - Mehrausgaben müssen durch Umschichtungen an anderer Stelle im gleichen Einzelplan ausgeglichen werden,
  - Entlastungen aufgrund der günstigeren Wirtschaftsentwicklung Steuermehreinnahmen und Arbeitsmarktminderungen,
  - begrenzte Privatisierungen."

Die Bundesregierung unterstreicht ihre Absicht, „einmalige Einnahmen ... nicht zur Finanzierung von dauerhaft wirkenden Steuersenkungen und Ausgabenprogrammen zu verwenden. Eine Ausnahme bildet der Einsatz von Privatisierungserlösen zur Finanzierung des Vorziehens der ... Steuerentlastung von 2002 auf das Jahr 2001 ..."

Versteigerungserlöse aus UMTS werden „in vollem Umfang zur Schuldentilgung verwandt. Aus den ersparten Zinsen werden jeweils rd.1/2 Mrd. DM pro Jahr zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstetigung

der Verkehrsinvestitionen eingesetzt."

Die Investitionsausgaben können - so das Kabinett - „von der erforderlichen stringenten Überprüfung sämtlicher Ausgabenbereiche nicht ausgenommen werden. Angesichts der knappen Ressourcen wird es künftig darum gehen, die zur Verfügung stehenden Mittel noch effektiver und zielgerichteter einzusetzen."

Die Eckdaten für den Verteidigungshaushalt lauten: Einnahmen jeweils 444,8 Mio. DM 2001 - 2004, Ausgaben 46.802,4 Mrd. DM in 2001 (gegenüber 45.333,0 in 2000), 46.493,0, 45.678,0 und 45.678,0 Mrd. DM bis 2004. Die Zusatzmittel für den Balkan werden in den Einzelplan 14 - ebenso wie in die anderen betroffenen Einzelpläne - aus dem Haushalt "Allgemeine Finanzen" integriert.

Im Rahmen der "wesentlichen Ausgabenbereiche" (der Einzelplan 14 rückt - und bleibt - im Finanzplanzeitraum auf Platz 3 nach "Arbeit und Sozialordnung" und „Bundesschuld") stellt die Regierung zu dem Bereich "Verteidigung" fest:

- "Zusätzlich können für Investitionen in die Modernisierung der Bundeswehr Mehreinnahmen aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung eingesetzt werden (bis zu 1 Mrd. DM im Jahr 2001 und bis zu 1,2 Mrd. DM im Jahr 2002)."
- "Mit diesen Mitteln sowie Ausgabenersparnissen aus Umstrukturierung und Effi-

zizienzsteigerung, die ebenfalls dem Verteidigungshaushalt verbleiben sollen, können die notwendigen Reformen, insbesondere die Stärkung der Strukturinvestitionen und der sozialverträgliche Umbau des Personalbestandes, bewältigt werden."

4. Der Bundesminister der Verteidigung und die Staatssekretäre des Ministeriums haben diese Vorgaben noch im Juni in eine Planungsanweisung bzw. in eine Weisung zu "Verstärkung des Plafonds durch Einnahmen aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens" umgesetzt. Erstere soll bis zum 30. September 2000 zu einer Grobausplanung der Streitkräfte durch den Generalinspekteur und "parallel dazu" zu einer Feinausplanung der Streitkräfte durch die Inspektoren führen - "so, dass mit ersten Maßnahmen ab April 2001 begonnen werden kann" -, letztere schon im Juli / August 2000 Aufschlüsse liefern.

Der Planungsweisung beigelegt sind "Vorgaben" zu Personal und Organisation. Zur Zukunft der Beschaffungen findet eine Klausur im August statt.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages führt seine Beratungen zwischen September und November 2001 durch.

5. Ein Ergebnis der Beratungen wird die "Schichtung" der

### Schichtung der Verteidigungsausgaben

	1999	2000	
Personalausgaben	23,866	23,699	Mrd. DM
Materialeinrichtung und- betrieb	4,172	4,524	Mrd. DM
Sonstige Betriebsausgaben	7,261	7,079	Mrd. DM
<b>Summe Betriebsausgaben</b>	<b>35,301</b>	<b>35,302</b>	<b>Mrd. DM</b>
Forschung, Entwicklung und Erprobung	2,461	2,377	Mrd. DM
Militärische Beschaffungen	7,325	7,663	Mrd. DM
Militärische Anlagen	1,801	1,653	Mrd. DM
Sonstige Investitionen	0,445	0,389	Mrd. DM
<b>Summe Verteidigungsinvestive Ausgaben</b>	<b>12,033</b>	<b>12,081</b>	<b>Mrd. DM</b>
Kosovo	0,441		Mrd. DM
<b>Plafond</b>	<b>47,489</b>	<b>47,333</b>	<b>Mrd. DM</b>

Verteidigungsausgaben nach Ausgabenbereichen sein. Sie ergibt sich aus dem Papier "Erläuterungen und Vergleiche", das üblicherweise von dem Ressort zum Regierungsentwurf vorgelegt wird (Gliederung nach "Betriebsausgaben", darunter "Personalausgaben", "Materialerhaltung und -betrieb" und "Sonstige Betriebsausgaben"; "Verteidigungsinvestive Ausgaben", darunter "Forschung, Entwicklung und Erprobung", "Militärische Beschaffungen", "Militärische Anlagen" und "Sonstige Investitionen").

In den Jahren 1999 und 2000 beliefen/belaufen sich die Ansätze (1999 mit 441 Mio. DM "Verstärkungsmittel Kosovo", 2000 einschließlich der aus dem Einzelplan 60 zur Verfügung stehenden, "geschichteten" 2 Mrd. DM)

Dabei sind unter den militärischen Beschaffungen und Anlagen noch nicht die Mehreinnahmen aus Veräußerungserlösen berücksichtigt, die dem Ministerium schon 1999 und 2000 zur Verstärkung der Investitionen zustanden und ab 2001 im erhöhten Umfang zustehen; sie lassen sich erst nach Übertragung der Ist-Ergebnisse in die Schichtung quantifizieren. Immerhin betragen die (Ist-)Verteidigungsausgaben 1999 insgesamt 48,525 Mrd. DM (1998: 46,865).

6. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt stellt sich in der kürzeren Vergangenheit und Zukunft wie folgt dar (bis 1998 in Ist-, ab 1999 in Soll-Zahlen - ohne Mehreinnahmen):

1989	18,1 %
1990	15,1 %
1991	13,3 %
1992	12,4 %
1993 -1998	jeweils zwischen 10,8 % und 10,2 %
1999	9,8 %
2000	9,9 %
2001 - 2004	auf 9,1 %

Nach der Übernahme des Eckwerts 2003 auf 2004 darf davon ausgegangen werden, dass auch in den Folgejahren keine weitere (nominale) Senkung der Verteidigungsausgaben stattfindet, sondern dieser Einzeletat verstetigt wird.

7. Was ist der Preis der Reform? Meine Antwort in Stichworten:

- Größte fiskalische und administrative Disziplin, die über Jahre Aufstellung und Vollzug des Haushaltes steuern muss;
- Prioritätensetzung, die primär die fachlich Verantwortlichen (Verteidigungsministerium und -Ausschuss) leisten müssen;
- Beseitigung bzw. Minimierung der immanenten Spannungen des Konzepts (Personal- vs. Sachausgaben; Zeit- und Berufssoldaten vs. Wehrdienstleistende; Gewichtung der Teilstreitkräfte; Erzielung von Mehreinnahmen vs. Standortkonzept, das sich bisher nur vage erkennen lässt; neues vs. altes Großgerät; Zivilverwaltung vs. Agenturen);
- Verzicht auf Illusionen für die Folgejahre der Haushalts- und Finanzplanung;
- Konzentration auf die Strukturfragen (Senkung der Betriebsausgaben zugunsten von Investitionen in die Qualität von Personal und Material; Intensivierung der Verteidigungs- und Rüstungskooperation/-integration in Europa);
- Durchbruch zu einem nüchternen militärpolitischen Diskurs in Deutschland, der nicht jede halbe Generation das Wie und das Ob von Streitkräften einer Grundsatzdiskussion überantwortet.

Volker Kröning, MdB



## Monarchie im Krisenbogen

**Uwe Pfullmann:** *Ibn Saud, König zwischen Tradition und Fortschritt, edition ost, Berlin 1999, 446 Seiten*

Steigende Benzinpreise erinnern daran: Öl aus dem Mittleren Osten bleibt auch für postindustrielle Gesellschaften der wichtigste Rohstoff weltweit. Saudi-Arabien liegt im Zentrum der internationalen Geopolitik, es gehört damit, um den Begriff des britischen Geographen Halford Mackinder zu benutzen, zum "pivot of history".

Wissenschaftlich fundierte Veröffentlichungen zur Golfregion in deutscher Sprache sind leider selten, insbesondere im Vergleich mit der Fülle anregender Publikationen im angelsächsischen Raum. Umso erfreulicher ist die jetzt in Berlin erschienene Ibn Saud-Biographie Uwe Pfullmanns. Für ein breiteres Publikum geschrieben, leistet sie einen gelungenen Beitrag zum besseren Verständnis eines der wichtigsten Länder der Erde.

Wer Saudi-Arabien mit den liberalen Maßstäben westeuropäischer Gesellschaften misst, der wird nur allzu schnell und nicht ohne Grund "Menschenrechtsverletzungen", eine „sklavenhaltende Feudalgesellschaft" und die "Verletzung von Frauenrechten" beklagen. Wer aber das Königreich Saudi-Arabien und seinen Gründer im regionalen und historischen Kontext verstehen möchte, der muss die religiösen Traditionen der Wahhabiten und die politische Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens seit Beginn des 20. Jahrhunderts berücksichtigen. Klischees und Vor-

urteile weichen dann erstaunlichen Einsichten.

Pfullmanns Darstellung ist sorgfältig gearbeitet und wertet zahlreiche bisher unveröffentlichte Quellen aus. Sie zeigen Ibn Saud nicht nur als "König zwischen Tradition und Fortschritt", sondern auch als außergewöhnlich geschickten Politiker und Diplomaten, der sich militärisch und politisch gegen die feindlichen Stämme der Halbinsel erfolgreich durchzusetzen vermochte. Er steuerte seine Großfamilie und sein mit Schwert und Flinte erobertes Königreich unverehrt durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, die Zwischenkriegszeit und den II. Weltkrieg. Unter dem Schutz amerikanischer Truppen erscheint die Herrschaft der Familie Saud zumindest auf absehbare Zeit gesichert. Ihr Prestige und ihr finanzieller Einfluss machen sich, nicht immer im Interesse internationaler Stabilität, auch und gerade in krisengeschüttelten Randregionen der islamischen Welt bemerkbar.

Pfullmann studierte Arabistik und Geschichte an der Universität Leipzig. Seine empfehlenswerte Arbeit steht in der Tradition dieses historischen Zentrums deutscher Orientforschung. Für die nächste Auflage allerdings sollte der Autor ein Personen- und Ortsregister sowie ein Literaturverzeichnis erstellen. Seine umfangreichen und lesenswerten Anmerkungen sind zwar mit allen notwendigen und zu erwartenden Quellen- und Literaturhinweisen versehen. Aber gerade der sicherheitspolitisch interessierte Leser, der das Buch vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse als willkommenes Nachschlagewerk benutzen möchte, benötigt ein Stichwortverzeichnis und eine Bibliographie.

---

Dr. Hans-Ulrich Seidt,  
Washington

## THEMEN

### NATO, Europe and the New Bundeswehr

For almost half a century the German armed forces were designed to prevent war by deterrence, fortified by a multinational layer cake of forward defense against a Warsaw Pact invasion. With the fall of the iron curtain, former enemies have turned into friends and partners. NATO turned from an organization for collective defense into an organization specializing in crisis management. The European Union is turning from a predominantly economic player into a political player. And the Bundeswehr is turning from a defender at Germany's front door into an outdoor crisis manager. For the first time in its history, all of Germany's neighbors are either allies or integration partners that pose no threat to its territory.

As a consequence, Germany has been challenged to find a new approach to its security. On 14 June this year, the German government took the respective decisions. In the upcoming years, Germany will carry out a fundamental reform of its armed forces in order to improve its ability to contribute to building stability and to project military power abroad for the purpose of future international peacekeeping missions.

Many questions need to be dealt with during the reform, including such issues as future forms of military service and the organization of the Bundeswehr, its size and force structure, mix of personnel with regard to military and civil servants, command and control, training and education, equipment and financial implications. The overall objective is to come up with a Bundeswehr that is well prepared for employment in its national and multinational roles, equipped with advanced weapon systems and technol-

ogy, supported by an appropriate budget, and founded on a socially acceptable form of military service.

Germany's military reform is being closely watched by its own public, but perhaps even more so abroad. Its outcome will certainly have a profound impact on Europe's ambition to assume greater responsibility for its own defense. Developments in Germany have been viewed in the past as the key to the objective of transforming Europe's armies into smaller, but better equipped and trained, rapid reaction forces. Successfully reforming the Bundeswehr certainly would strengthen the European initiative to build a new multinational combat force that can be fielded alongside U.S. troops or as a separate task force, if needed.

As the structure of the future German Armed Forces begins to shape, it appears that the new Bundeswehr will not only look quite different from what it was in the past. It will also be more capable of meeting its broadened national and international obligations while maintaining solid roots in the achievements of more than 50 years of German, European and NATO history.

### European and Transatlantic Framework

The defense review of the Bundeswehr is clearly capability-oriented. This is well in line with recent European and NATO initiatives. NATO has been adapted to new missions and welcomed new members. New patterns of cooperation with many partner countries have been established, including Russia and Ukraine. In the Balkans NATO has demonstrated its ability for international crisis management and political conflict resolution. At the same time, Europe has started a process of assuming more responsibility for its own defense.

The experiences during the Balkans crisis, especially in Bosnia and Kosovo, led Europe to realize that it was no longer prepared to accept the lack of political as well as military power to deal with these kinds of challenges – challenges on its own continent. Shortcomings in command and control, strategic intelligence, strategic airlift, precision-guided munitions and in other fields became apparent and highlighted the present gap between Europe's goals and real capabilities.

The past decade of transition, downsizing and the peace dividend have left the European nations with plenty of military personnel but with few military capabilities. The Europeans have at their disposal considerably more troops than the United States, but spend considerably less for defense. Consequently, personnel and operational costs have exhausted national defense budgets. In future, a much higher proportion of the armed forces must be available for employment options.

Europe needs more mobile forces ready to deploy more rapidly; they must be more sustainable to ensure logistic support over a longer period of time also for very distant crises; they must have better command and control arrangements for more demanding operations in a broad array of missions; they must be more survivable; and, in particular, they must be more interoperable and hence more modern for employment in multinational operations.

After many years of talking about it, Europe is now getting serious about the capabilities it needs to assume its role as a security actor. New capabilities are being identified. New structures are being created. New relationships will be forged between Europe and North America, if duplication of existing NATO structures can be avoided. Over the last two years, there has been more

progress on the European Security and Defense Identity than in the previous 10 years. Europe is now striving for a position where it can take on small, to medium-scale operations when NATO, as an organization, cannot be engaged.

Germany finds itself involved in all these matters in the front row. This very fact has a considerable impact on the structure of the Bundeswehr. Both NATO and the European Union will profit from a more capable Bundeswehr. Once successfully restructured, the German military will provide the largest single national contribution to a pool of army, naval and air forces that the EU has called its "headline goal" in defense. The intention is for the European Union to establish, by the year 2003, a sustainable military reaction force numbering up to 60,000 troops capable of performing a wide spectrum of missions, ranging from humanitarian assistance to military peacekeeping and peace enforcement – the so-called "Petersberg Tasks". This force will be able to be rapidly deployed within 60 days and also sustain complex crisis management operations for at least a year. Germany's contribution will clearly support the European Union in reaching its goal.

Apart from the actual activities, there is a lot of fresh wind in Europe's defense and security. Placing European crisis management in the hands of Javier Solana last year as the EU High Representative for the EU's Common Foreign and Security Policy was a clear and visible signal, a signal that cannot be mistaken. The European Union is on a new course towards acquiring the necessary ability to act, which includes the integration of the WEU into the EU as well as much closer cooperation with NATO. A new Political and Security Committee, a European Military Committee and a supporting European Military

Staff will be established in Brussels in 2001.

The European Union members also agreed to further increase European capabilities in key military areas such as command and control, strategic intelligence and strategic airlift. To this end, France and Germany have launched an initiative to establish a European Air Transport Command. European defense industries will intensify their cooperation, the merger of the German DASA, the French Aerospatiale and the Spanish CASA being one example of such cooperation. The Europeans are determined to strengthen the industrial and technological basis of European defense and to better harmonize military requirements, armaments planning and procurement. It goes without saying that transatlantic armament cooperation remains of high importance.

NATO's Defense Capabilities Initiative and the European Union's Headline Goals complement each other – they are aiming at the same ends: a stronger Europe and a stronger transatlantic relationship. Both approaches encourage national governments to better adapt their military forces to the requirements of the future. Both tracks lead to more effective forces and more rationalization, more interoperability and better transatlantic burden sharing.

As a strong partner Europe can do much better justice to its responsibilities. In this way it can not only safeguard its own interests, but also relieve the US of some of the Alliance's tasks and, at the same time, enhance transatlantic ties. More European readiness and capability to act certainly serves U.S. interests in view of their global commitments and the fact that the U.S. armed forces may have already been strained beyond a permanently tolerable extent. The more Europe develops its capabilities for military and non-military crisis management

and establishes political and military structures that enable it to exercise political control and strategic direction, the more effective its contribution will be to the security of the Alliance and of Europe. As a consequence, transatlantic relations have the opportunity – if done properly – to become stronger.

Both the European Union and Germany are promoting this process to the maximum extent possible. The Euro-Atlantic partnership has been the key to managing the fundamental change of the past decade. Common values and a shared interest in security, stability and democracy have turned out to be a strong foundation for shaping the strategic environment. For the Federal Republic of Germany, the United States of America has been and will remain its closest and most important ally. Therefore, it is striving for a lasting and close partnership. As the only state, which is in a position of global strength and political and economical, technological and strategical dominance, it has been and will continue to be the indispensable guarantor of European security.

### **Building Capabilities**

These considerations basically provide the framework within which the "New Bundeswehr" has to be built – both the armed forces and the defense administration. Currently, the Bundeswehr cannot and does not meet the challenges at hand. Its present structure, which evolved over four decades of political and military confrontation in central Europe, is clearly outdated. Indeed, there have been adaptations in the last ten years – dissolving 185,000 troops of the former National People's Army, downsizing the Bundeswehr from nearly 500,000 to 320,000 military troops and from 196,000 to 141,000 civil servants, moving several of its units and facilities to Eastern Germany and building up an

initial reaction force capability. Yet, a mere optimization of the existing structure will no longer suffice. What is needed is fundamental reform.

Today's Bundeswehr is oversized and ill composed. At the same time it generates a surplus of manpower and a shortage of combat power. Outdated materiel diminishes its operational capability. Operational and management costs do not allow for sufficient modernization. Postponed procurements, extension of life cycles and relinquishment of programs underline a rather gloomy picture. A few key investments consume two thirds of the available procurement funds. The share of civil servants is too high – compared to 1989 the number of civil servants in the defense administration has only dropped by 15% compared to a drop of 36% in military strength. Furthermore, within the military, the share of employment forces is much too low.

These rather devastating findings come from the independent Commission on "Common Security and the Future of the Bundeswehr" appointed by the German federal government and headed by former German President Richard von Weizsäcker. And the Commission is not alone in holding this view. It is shared by virtually everyone in the German defense and security establishment, including the Chief of Defense Staff and the Minister of Defense himself.

A capability-oriented defense review clearly needs to have a significant impact on force levels, structures and equipment. Guaranteeing the capacity to act in the wide spectrum of future missions above all calls for a marked rise in force levels in the operational force category in comparison with the current reaction force levels.

The German armed forces of the future need to have a high

degree of availability and readiness. They must also ensure sustainability by means of relief or rotation in the case of prolonged operations to fulfill the Alliance's obligations in a collective defense environment. Furthermore, they need to have a build-up capability and an appropriate readiness to achieve wartime strength and maintain a manpower reserve, should the need arise. The capacity to act needs to be guaranteed in particular when two or perhaps even more missions have to be conducted at the same time, with regard to force and materiel sustainability, viability and serviceability. The organization of the New Bundeswehr must be designed to provide beyond the need for availability and readiness for a structural cohesion of its forces that is sufficiently anchored to meet the long-term requirements of peacetime viability and morale, and the attractiveness of military service.

The command structures have to be reorganized and streamlined to allow effective command and control. The responsibility of the Chief of Staff of the Bundeswehr for Bundeswehr planning, command and control and acquisition needs to be enhanced. Existing equipment should be modernized and new equipment acquired in order to allow the military tasks of the future to be accomplished in cooperation with the partners in NATO and the EU and to ensure the necessary interoperability for multinational operations. The recent lessons learnt by Germany in crisis operations, including those undertaken by our allies and partners, set a high standard. To this end, the Bundeswehr will need a budget that is reliable, steady and functional. Internally, it has to promote cost-effectiveness within all units, facilities and processes and turn these savings into investments.

Within the reform process, conscription remains a particu-

larly burning issue. The further downsizing of the Bundeswehr has again triggered the debate on transition to a purely voluntary system. Based on considerations of foreign and domestic policy, German civic and constitutional foundations, to the military sector and the economy, there is still a clear political majority in Germany willing to maintain conscription. Nevertheless, the debate on conscription may start again in 2001 when women will be permitted to volunteer for military service in the Bundeswehr, based on the recent ruling of the European Court that women should have full access to the Armed Forces on an equal rights basis. But this is a concern for tomorrow: today, there is a consensus and it is valid.

Of course, there are good reasons for keeping conscription. Conscripts will continue to be needed – in particular as the German educational system delivers high numbers of capable young men. Given the continuing and newly emerging external risks, the New Bundeswehr cannot afford to rely solely on volunteers. The structure of the armed forces needs to be sufficiently flexible and to allow both force build-up and regeneration. Conscription will in future also help to ensure the quality of personnel and the availability of a sufficient number of well-trained reserve-duty servicemen.

Keeping conscription ensures that the Bundeswehr can maintain its necessary force levels in the future.

Through its structure and capabilities a renewed Bundeswehr, has to support Germany's five key interests in order to preserve peace, to cooperate within a system of collective security and to ensure stability in the Euro-Atlantic area. These key interests are:

- The freedom, security and welfare of the citizens of Germany and the territorial integrity of the German state,

which can only be maintained through a broad approach to security. Thus, German foreign and security policy cannot be confined to a geographically narrow framework.

- Integration with the European democracies in the European Union in order to promote democracy, the rule of law and prosperity also beyond the borders of Germany.
- A strong and effective NATO with a broad political-military spectrum of action to guarantee that the numerous and complex security challenges will be successfully met as well as stability in and for Europe. To this end, the lasting Alliance with the United States based on shared values and common interests and on its political and military commitment to security and stability in Europe is of particular importance.
- Partnership and cooperation with our neighbors in Eastern Europe, because Germany has a particular interest in stability in its neighborhood.
- The need to promote worldwide respect for international law and human rights and a just global economic order based on market principles. This includes the willingness and ability to participate in international peace and stability building and crisis management initiatives.

The Bundeswehr's mission can be derived from these key

interests, namely:

- to protect Germany and its citizens against political blackmail and danger from outside;
- to defend Germany and her allies;
- to contribute to the preservation of peace and stability in the Euro-Atlantic region;
- to promote world peace and international security in accordance with the Charter of the United Nations;
- to provide disaster relief, save human life and support humanitarian activities.

The New Bundeswehr has to be geared to the tasks it will most likely be required to perform. And there is a clear focus on crisis prevention and crisis management as opposed to the previous focus on collective defense. These have now become fully accepted tasks, which are also supported by the Federal Constitutional Court ruling of 12 July 1994 and by the Bundestag.

Focusing the role of the armed forces on crisis prevention and crisis management will cause shifts in the manpower levels of the services: the Air Force and Navy will assume larger proportions than is presently the case, while the Army will be reduced in both absolute and relative terms. Compared with the present levels and structures, the Army is the service for which the need for change is greatest.

### New Bundeswehr

	<i>Army</i>	<i>Air Force</i>	<i>Navy</i>	<i>Bundeswehr</i>
Professionals	112.000	47.000	19.000	<b>178.000</b>
Conscripts	60.000	13.000	4.000	<b>77.000</b>
<b>Peacetime Strength</b>	<b>172.000</b>	<b>60.000</b>	<b>23.000</b>	<b>255.000</b>

## Decisions on Reform

On 14 June this year, the German government decided to reform the Bundeswehr. Building the New Bundeswehr will take five years and is planned as a step-by-step approach towards achieving a convincing, sustainable capability profile while avoiding long-term distortions in personnel structures.

Starting in April 2001, Germany will reduce the overall number of civilian and military personnel in its armed forces by about 100,000. The overall peacetime strength of the New Bundeswehr will then be about 360,000 military and civilian posts, including about 20,000 military posts for various training and qualification purposes and 80,000 to 90,000 civilian posts. The future peacetime strength of the available armed forces is projected to be 255,000 troops including 172,000 army, 60,000 air force and 23,000 navy. In case Germany has to call on reserves by mobilization the Bundeswehr would grow to its new wartime strength of 500,000 troops.

To achieve higher quality with a 25% smaller force, a staged, modular approach will become the decisive feature of the future force structure – a feature that will apply to readiness and availability of forces, to force categorization, to the chain of command as well as to a command and combat service support system geared to the operational tasks, to training and to the equipment and modernization measures required for the armed forces of the future.

A significant part of the Bundeswehr must be available and operational at short notice. Up to now, Germany has provided reaction forces of about 60,000 troops. To perform the future scope of missions, including to ensure an appropriate replacement of the troops deployed, the operational forces in the Bundeswehr

must be reinforced to some 150,000. This number stems from Germany's recent experience with Kosovo-type missions. Any commitment of such a magnitude requires the participation of at least one brigade of about 5,000 up to 10,000 soldiers. Considering a half-yearly rotation rate and a follow-on stay of two years in Germany, army forces plus additional support personnel, plus navy and airmen, add up to a force requirement of 150,000. These operational forces – with the support of a basic military organization – will also enable Germany to pull its weight in Alliance defense. Germany's military contribution will then match those made by its major European partners.

Consequently, Germany will do away with the separation of main defense forces and crisis reaction forces. The forces of the New Bundeswehr will be composed of two categories:

- **Employment Forces:** these are built out of 80,000 Reaction Forces and 70,000 Reinforcement Forces. The Reaction Forces will be available within 5-30 days and are designed for conflict prevention, crisis management and collective defense in support of Allies. The Reinforcement Forces will be shaped to ensure sustainability through their capacity to relieve and reinforce Reaction Forces after preparation.
- **A Basic Military Organization:** this is built out of National Defense Forces and Forces for Permanent Tasks. The National Defense Forces number about 25,000 and are preparing National Defense and, in particular, are in charge of training conscripts and supporting Employment Forces by detaching communication, command and control and other components. The Forces for Permanent Tasks number about 80,000 and ensure all sorts of communication, command and control functions, keep the Bundeswehr running, carry out centralized

and joint missions and meet their organic training needs.

All these forces will be capable of supporting sustained operations and delivering substantial contributions to Allied and multinational action.

Germany also needs to adapt its equipment to DCI and European Headline Goal requirements. The emphasis will be on improving key capabilities such as strategic transport, strategic reconnaissance and command and control. The command and control organization will be streamlined and adapted to the requirements of joint and combined operations by establishing a permanent national joint command. This command will also be available as an Operation Headquarters for European-led operations. For all joint, territorial and supporting functions a joint basic command will be established.

The system of conscription will be kept in order to give the Bundeswehr the necessary flexibility to respond to enduring external risks. A figure of 77,000 conscripts will be maintained, compared with the present 134,000. The varying tasks that will have to be performed will require conscription to be more flexible. As regards the duration of basic military service, it will be reduced by one month to a minimum of 9 months. Conscripts will continue to be able to choose between the mandatory minimum period and a voluntary extension of up to 23 months, the length of which will be determined by the mission assigned to the personnel concerned. The predominant requirement for conscripts who volunteer for extended periods of service will be in the employment forces.

Cooperation with trade and industry will be intensified in order to improve cost effectiveness and economic efficiency and to support the necessary investment in equipment and operation and main-

tenance. Government budget decisions will be a key part of successful reform.

The New Bundeswehr will cover the full range of possible employment – from showing the flag with small forces up to intensive war-fighting in the context of collective defense – in particular intensive warfare for collective defense outside Germany, peace support operations and finally rescue and evacuation operations.

To this end, four sizes of operations have been considered:

- Small-size operations that entail conflict prevention, peacetime surveillance, rescue and evacuation operations as well as assistance at a low level of commitment requiring only a tailored limited national contribution.
- Medium-size operations that require larger forces in order to support conflict prevention and crisis management, peacetime surveillance and area protection as well as all sorts of assistance at a higher level of intensity. A national contribution could include a reinforced army brigade, up to a diversified air force contingent and up to a likewise diversified naval contingent.
- Large-scale operations with powerful forces that would have to operate in the context of collective defense in support of an ally or as an outstanding contribution to conflict prevention and crisis management. They would not yet require calling on reserves by mobilization. Germany's contribution could require up to a reinforced army division. Additional contributions might be given to the Allied Mobile Force Land and Multinational Division Central, such as up to two diversified air force contingents and up to two likewise diversified naval contingents.
- Finally, very large operations to support collective defense. Such operations would require mobilization.

Germany envisages being able to run in parallel and at any given time one large-scale operation involving up to 50,000 troops from all services or two medium-size operations involving up to 10,000 troops after short to medium preparation, i.e. within a period of 6 to 180 days. Additionally, it will be able to run at any time small size operations of very short to very long duration of short notice, i.e. within a minimum of 5 days' preparation.

### **More attractive and effective**

While a Bundeswehr as a capability-oriented force supporting a broad spectrum of employment options may be an obvious and well known argument for the U.S. reader, for Germans this is completely new. During the past fifty years of its history, Germany has not been used to tailoring its armed forces towards nationally defined employment options. German defense planning simply followed NATO's guidance-period.

The New Bundeswehr will take an enormous step forward – its employment forces will be nearly tripled, command structures will be reorganized, equipment will be modernized. Designed to make a major contribution to crisis prevention and crisis management operations as well as to support collective defense as a European backbone, it will contribute to NATO and Europe with sizeable, well balanced and well equipped forces – flexible, highly mobile, sustainable, and interoperable forces. With a higher share of professionals, highly skilled conscripts and well-trained reservists, it will be a reliable contributor to security and stability in and for Europe.

Striking the balance between a broadened mission spectrum is not an easy task, given the international commitments and a limited budgetary framework.

With the ongoing discussion on conscription, the upcoming first experiences of women having full access to the armed forces and the well known ups and downs of budgets, a number of provocative issues remain challenging for the future of the New Bundeswehr. Time will show soon how solidly the new foundation can carry the Bundeswehr into a new era.

If all goes well, Germany will have a more efficient and more capable Bundeswehr to react quickly to even distant crises rather than just concentrating on territorial defense. Thus, it will become more attractive and effective as a security partner for Europe, NATO and the United States of America.

Oberst i.G. Ralph Thiele, Rom

## **Atlanticus**

### **Kontinuität der Eliten – Dynamik des Wandels: US-Strategie nach den Novemberwahlen**

Die Clinton-Präsidentschaft war eine Zeit der Prosperität und Globalisierungsdynamik, eine Transformationsperiode nach dem Kalten Krieg. Jetzt richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Novemberwahlen und ihre Folgen. Wird der nächste US-Präsident den ABM-Vertrag, den letzten Überrest amerikanisch-sowjetischer Bipolarität, einer nationalen Raketenabwehr opfern? Wird die neue Administration das Verhältnis zu China und Russland auf die Probe, die Hoffnung auf Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in Frage stellen?

In den nächsten Monaten haben die europäischen Partner

Gelegenheit, die sicherheitspolitische Agenda der USA ausführlich zu erörtern. Aber sie sollten ihr Augenmerk nicht nur auf aktuelle Personalveränderungen und die NMD-Debatte lenken. Langfristige strategische Überlegungen und weltweite Interessen der USA sind nicht vom Ausgang der Wahlen abhängig. Wer künftige sicherheitspolitische und militärische Kooperationschancen und -risiken beurteilen will, sollte auch Leitvorstellungen zur Kenntnis nehmen, die vom Pentagon seit Jahren unter dem Stichwort "Revolution in Military Affairs" entwickelt und von der Tagespolitik kaum berührt werden. Sorgfältige Beobachter werden dann Krisenszenarien erkennen, die sich von den Prioritäten europäischer Sicherheitspolitik unterscheiden und erhebliche industrie- und wissenschaftspolitische Folgen haben.

Der hochverdichtete strategische Meinungsbildungsprozess der amerikanischen Elite wird, gleichgültig ob unter Bush dem Jüngeren oder Gore, nach den Wahlen beschleunigt weitergehen. Die amerikanische Strategiedebatte hat bereits an Intensität gewonnen, Vertreter aller entscheidungsrelevanten Institutionen sind an ihr beteiligt. Der Gedankenaustausch zu Einzelthemen verläuft durchaus kontrovers, insgesamt aber zielorientiert: Es geht der amerikanischen Führungsschicht um einen auf Dauer tragfähigen, sicherheitspolitischen Konsens, um die erfolgreiche Durchsetzung globaler US-Interessen, um "full spectrum dominance".

### **Bewährte Politikberater**

Kritik an den oligarchischen Zügen der amerikanischen Verfassungswirklichkeit übersieht die Vorzüge eines auf Loyalität und Leistung aufgebauten Klientensystems klassischer Prägung. Mit dem neuen Präsidenten werden "neue" Netzwerke akademisch hochqualifizierter und professionell bewährter Berater die

Nomenklatura-Positionen Washingtons besetzen. Das Stühlerücken im Nationalen Sicherheitsrat, im State Department und im Pentagon bedeutet keinen intellektuellen Qualitätsverlust. Sicherlich wird einige Zeit verstreichen, bis Zuständigkeiten im einzelnen geklärt und Konsultationsverfahren zwischen ambitionierten Beteiligten abgestimmt sein werden. Aber die Partner der USA haben es, egal wie der Präsident heißen mag, mit bekannten Gesichtern und erprobten Experten zu tun.

Al Gore wird den scharfsinnigen Chef seines persönlichen Stabes, den introvertierten und gelegentlich verschlossen wirkenden Leon Fürth, zum Nationalen Sicherheitsberater machen. Auf die Ernennung zum Secretary of State einer Gore-Administration hofft Richard Holbrooke. Bushs neue Führungsriege würde sich – cum gran salis – nach Erfahrung und Lebensalter in drei Gruppen gliedern. Eher im Hintergrund wirken hochangesehene ältere Persönlichkeiten. Mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung stehen sie dem strategisch und sicherheitspolitisch unerfahrenen Präsidenten als informelle Ratgeber zur Seite. Zum Kreis dieser einflussreichen Senioren gehören Henry Kissinger, George Shultz, Brent Scowcroft, aber auch General Powell, James Baker und Dick Cheney. Eine zweite, etwas jüngere Gruppe wird die endlosen Management- und Abstimmungsprozesse der verschiedenen Ressorts, die mühsamen Anhörungen im Kongress und das heikle Einwirken auf einflussreiche Schlüsselfiguren des Medienestablishments auf sich nehmen. Zu diesen Washington-Insidern mit langjähriger Regierungserfahrung und engen Verbindungen zu Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gehören Richard L. Armitage, Richard Perle, Paul D. Wolfowitz.

Die dritte und jüngste Gruppe des engeren Führungsteams

des wahrscheinlichen Präsidenten George W. Bush zeichnet sich durch besonderen Ehrgeiz und ausgeprägten Gestaltungswillen aus. Condoleezza "Condy" Rice, wissenschaftlich ausgewiesene Elite-Professorin der Stanford Universität ist brillant und zäh, schwarz und schön. Erprobt im nationalen Sicherheitsrat unter Bush dem Älteren, verdient sie als Verfasserin des vielleicht besten Buchs zur deutschen Wende Aufmerksamkeit. Ihr Aufsatz zur sowjetischen Militärdoktrin in Peter Parets Standardwerk "Makers of Modern Strategy" ist noch heute lesenswert.

Neben "Condy" Rice wirken Dov S. Zakheim und Robert B. Zoellick zunächst etwas blässlich. Aber auch sie sind im Klientensystem der republikanischen Parteispitze aufgehängt. Sie spielen aufgrund ihrer analytischen, konzeptionellen und operativen Fähigkeiten in der ersten Liga. Zakheim und Zoellick führen als Mentoren und Lehrer eine jüngere Generation ehrgeiziger Nachwuchsexperten in die politische Verantwortung. Persönliche Konflikte und sachliche Differenzen sind trotz gemeinsamer Grundüberzeugungen nicht ausgeschlossen. Dennoch verspricht die Kontinuität der Eliten unter beiden Präsidentschaftskandidaten eine Regierungsagenda beschleunigten Wandels.

### **Strategen und Spione**

Weitgehend unberührt von Wahlkampf und -ergebnis sehen auf der anderen Seite des Potomac, im Pentagon und in Langley, die Joint Chiefs of Staff und die Spitzen der "intelligence community" den Novemberwahlen mit Gelassenheit entgegen. Als unparteiische Hüter der strategischen Interessen der USA bleiben vor allem die Spitzen der vier Teilstreitkräfte für jede Administration gefragte Ratgeber in Krisensituationen. Ihre General- und Admiralstabsoffiziere werden die "Nationale Sicherheitsstrategie für

ein neues Jahrhundert", im Dezember 1999 von Clinton vorgestellt, sowohl unter Gore als auch unter Bush in Ruhe fortschreiben.

Vermutlich werden einige neue Damen und Herren in Zivil vereinzelte Nuancen ändern. Dennoch ist man sich in zentralen Punkten einig. Schließlich wollte schon Clintons "Nationale Strategie für ein neues Jahrhundert" republikanisches Wasser auf Gores Mühlen lenken. Traditionelle sicherheitspolitische Felder der Republikaner wurden vor Beginn des Wahlkampfes von den Demokraten besetzt. Ob mit Erfolg wird sich im November zeigen. Aber für beide Parteien ist es heute das überragende Ziel amerikanischer Sicherheitspolitik, auf Dauer den Status der USA als einziger Weltmacht mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten zu erhalten und auszubauen.

Schon im Dezember 1999 rückte Clinton nationale Interessen stärker in den Vordergrund als zuvor. Nach Prioritäten abgestuft bestimmen sie Dauer und Intensität eines militärischen Einsatzes der USA. An erster Stelle stehen die vitalen Interessen des Landes, also Lebensfragen des Staates und der Nation. Danach folgen andere nationale Interessen, die sich im Entscheidungsfall aus einer dynamischen Synthese aller entscheidungsrelevanten Faktoren ergeben. Erst an dritter und letzter Stelle werden in der "Nationalen Strategie für ein neues Jahrhundert" allgemein humanitäre Interessen erwähnt.

Führende republikanische Sicherheitsexperten, darunter "Condy" Rice, hatten wiederholt und mit diskretzustimmendem Echo führender Militärs die Außenministerin Madeleine Albright kritisiert. Ihr wurde vorgeworfen, sie hätte zu Lasten der USA in erster Linie humanitäre Interessen und die Anliegen der internationalen Gemeinschaft

verfolgt. Aber bei nahezu identischen Grundüberzeugungen muss in der Diskussion gelegentlich die Lautstärke der Kritik erhöht werden.

Bei Interessenanalyse und -bewertung werden sich Administration und Militärführung weiter auf die Dienste der umfangreichen amerikanischen "intelligence community" verlassen können. Nicht ohne Grund wies Präsident Clinton in seiner "Nationalen Sicherheitsstrategie" erstmals öffentlich auf wichtige Aufgaben jenseits traditioneller Aufklärungsfelder hin. Es geht in der Zukunft nicht nur um die Früherkennung politischer Risiken und militärischer Konflikte. Der Präsident meinte mit den neuen Aufgaben nicht die "verdeckten Operationen" der CIA, über die regelmäßig und ausführlich die "Washington Times" berichtet. Nein, in einer Zeit offener Märkte und globaler Wirtschaftskonkurrenz haben die Dienste auch außerhalb der Krisen- und Konfliktregionen Gelegenheit, ihre Daseinsberechtigung zu beweisen.

"Know your enemy and watch your friend!" war immer eine einsichtige Maxime angelsächsischer Politik. Für die Beobachtung von Freund und Feind steht den amerikanischen Diensten weiterhin ein Jahresbudget zur Verfügung, das mindestens so groß ist wie der gesamte Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland. Daran wird sich unter Präsident Gore voraussichtlich wenig, unter George W. Bush gar nichts ändern. Schließlich leitete sein Vater über Jahre hinweg mit großem Verantwortungsbewusstsein und Erfolg die amerikanische Auslandsaufklärung. Übrigens: Das CIA-Hauptquartier ist nach Bush dem Älteren benannt.

### **Kompetenz im Kapitol**

In den vergangenen Jahren stellten europäische Besucher nach ihrer Rückkehr aus Wa-

shington häufig die sicherheitspolitische Sachkunde des Kongresses in Frage. Oft handelte es sich um Parlamentarier und Politiker, die in Washington nicht die erhofften politischen Gesprächstermine bekamen. Dennoch hatten sie für ihre Einschätzung Anlass, hatten sich doch Mitte der 90er Jahre im Verlauf der "Gingrich Revolution" tiefgreifende personelle Veränderungen im amerikanischen Parlament ergeben. Nicht nur im tiefen Süden und im Mittleren Westen warben Abgeordnete mit der Absicht, keine Steuermittel für Auslandsreisen auszugeben. Schließlich ist es legitim, sich ausschließlich auf die Interessen seiner Wähler zu konzentrieren. Aber der durch Medien und parlamentarische Kurzbesuche vermittelte Gesamteindruck provinzieller Beschränktheit amerikanischer Gesetzgeber ist unvollständig und daher falsch.

Im Gegenteil: Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die außen- und sicherheitspolitische Expertise des Kongresses insgesamt zugenommen hat. Zweifellos gibt es heute im Senat und Repräsentantenhaus wenig Politiker mit eigener militärischer und außenpolitischer Erfahrung. Aber im Vergleich zu europäischen Parlamenten sind die Beraterstäbe der Abgeordneten, die Büros der Ausschüsse und zentralen Parlamentsdienste sowohl quantitativ als auch qualitativ besser besetzt. Die außen- und sicherheitspolitischen Ratgeber der Senatoren und Repräsentanten sind jünger, professioneller und akademisch qualifizierter als ihre Vorgänger.

Sicherheitspolitische Kongressmitarbeiter werden nicht mehr aus den Wahlkreisen mitgebracht, sondern in den Denkfabriken und politischen Stiftungen der Hauptstadt rekrutiert, genauer: eingekauft. Viele haben im Ausland studiert, als Journalisten oder Mitarbeiter multilateraler Organisationen und humanitärer Hilfseinrichtungen auf den Kriegsschauplätzen der Welt

eigene Erfahrungen gesammelt. In modern ausgestatteten Büros verfügen sie über raschen, regelmäßigen und umfassenden Zugang zu allen relevanten außen- und sicherheitspolitischen Informationen. Sie versetzen den Kongress in die Lage, die strategische Diskussion mit der Administration, den Militärs und der "intelligence community" sachkundig zu führen und mitzugestalten.

In der Diskussion mit Kongress und Öffentlichkeit werden George W. Bush oder Al Gore über größeres sicherheitspolitisches Ansehen verfügen als ihr ungedienter Vorgänger, der sich dem Dienst in den Streitkräften geschickt entzogen hatte. Dennoch kann auch die Politik des neuen Präsidenten nicht ungestört in den abhörsicheren Räumen des Nationalen Sicherheitsrats formuliert werden. Trotz einer für den neuen Präsidenten günstigen Ausgangslage sind sicherheitspolitische Kontroversen im verfassungsrechtlichen Spannungsverhältnis zwischen Administration und Kongress angelegt. Sie werden auch künftig offen ausgetragen und von den Medien verstärkt werden. Insgesamt aber gilt: Wenn Bush oder Gore im Konfliktfall ihre Position dem Kongress und der amerikanischen Öffentlichkeit vortragen, können sie mit Blick auf die Heimatfront gelassener führen als der Vorgänger.

### **Agenda des Wandels**

Können sich also Europas Sicherheitspolitiker zurücklehnen, sich auf Abrüstung und humanitäre Hilfe konzentrieren, Friedens- und Konfliktforschung fördern, den Erhalt von Bundeswehrstandorten in Westerwald und Hunsrück diskutieren? Leider nein! Personelle Kontinuität und hohe Professionalität in Washington garantieren keine transatlantische Harmonie und mit Sicherheit nicht den status quo. Im Gegenteil, die außenpolitische US-Elite und die neue Administration werden die

nach dem Kalten Krieg vorangetriebene Transformation der internationalen Sicherheitspolitik beschleunigen. Sie wissen, dass sie die Chance haben, das 21. Jahrhundert nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Die globale Agenda soll amerikanischen Entwürfen und Interessen entsprechen.

Francis Fukuyama, der führende Hegel- und Nietzsche-Kenner unter Amerikas Politikberatern schrieb als stellvertretender Chef des Planungsstabs des State Departments seinen Bestseller: "The End of History". An Fukuyamas Lagebeurteilung hat sich im Jahr 2000 nichts geändert, er sieht seine Prognosen der Jahre 1989/1991 in vollem Umfang bestätigt: Die Stellung der USA in der Weltgesellschaft ist die des Trägers des Weltgeistes, so wie sie Hegel in Paragraph 374 der "Grundlinien der Philosophie des Rechts" im Jahre 1821 in Berlins Universität beschrieb: "Dieses Volk ist in der Weltgeschichte, für diese Epoche – und es kann in ihr nur einmal Epoche machen – das herrschende. Gegen dies sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die Geister der anderen Völker rechtlos und sie, wie die, deren Epoche vorbei ist, zählen nicht mehr in der Weltgeschichte. "

Wer so denkt, der handelt geopolitisch entsprechend. Die neue Administration wird den Aufbau der nationalen Raketenabwehr NMD mit dem Ziel vorantreiben, den nordamerikanischen Subkontinent gegen Überraschungsangriffe ballistischer Fernwaffen zu sichern, wenn möglich unverwundbar zu machen. Als Leitmotiv taucht diese Absicht seit 1980 in Washington mit derselben Regelmäßigkeit auf wie die Fortsetzung von "Star Wars" in den Kinos. Aber seit 1998 ist der denkbare Raketenabwehrkrieg im erdnahen Weltraum endgültig an die Spitze der sicherheitspolitischen Tagesordnung gerückt.

Die Kernwaffentests Indiens und Pakistans überraschten Kongress und US-Öffentlichkeit ebenso wie der Flug einer nordkoreanischen Rakete über Japan. Die nachrichtendienstliche Fähigkeit zur Früherkennung des Bedrohungspotential "kleiner Schurken" wie Irak, Libyen und Nordkorea wurde in Zweifel gezogen. Technikbegeisterung und begründete Sorge angesichts der ungehemmten, weltweiten Verbreitung von Trägersystemen und Massenvernichtungswaffen fanden 1998 ihren Ausdruck im Rumsfeld-Report. Das Echo in Kongress und Öffentlichkeit war, verstärkt von einer diskreten, kaum wahrzunehmenden Lobbyarbeit der wehrtechnischen Industrie, außergewöhnlich groß. Differenzierte Kritik an NMD und Hinweise auf kostengünstigere Optionen zur Abwehr ballistischer Fernwaffen haben seither in Washington wenig Aussicht auf Gehör.

Unberührt vom Fehlschlag des NMD-Tests am 7. Juli 2000 werden erste Schritte zum Aufbau einer Großradarstation auf der einsamen Aleuten-Insel Shemya unternommen. Ein Blick auf die Karte zeigt, weshalb die Russische Föderation und die Volksrepublik China nervös werden. Jetzt bleibt abzuwarten, ob und wie lange die neue Administration den Aufbau des Radar- und Abwehrsystems ohne Kündigung oder Änderung des ABM-Vertrages voranzutreiben gedenkt. Selbst die hochentwickelte juristische Distinktionstechnik amerikanischer Rechtsanwälte wird bei Fortgang der Arbeiten die Feststellung einer Vertragsverletzung allenfalls hinauszögern, auf Dauer aber nicht verhindern können.

### **Raketenabwehr im Kontext**

Der Aufbau einer nationalen Raketenabwehr hat rüstungskontrollpolitische und gesamtstrategische Folgen. Der Zusammenhang politischer, stra-

tegischer und operativer Überlegungen wird in der "Joint Vision 2020" der Joint Chiefs of Staff erkennbar. Sie wurde Anfang Juni 2000 in Washington vorgestellt. Globale Interessen und kontinentale Insellage der USA werden mit der sprunghaften technologischen Entwicklung und den politischen Umbrüchen der letzten Dekade konzeptionell verknüpft. Die operativen Folgerungen für das 21. Jahrhundert stehen im Zeichen einer "Revolution in Military Affairs" (RMA), die als Sammelbegriff den Modernisierungsschub amerikanischer Wehrtechnik und Militärdoktrin zusammenfasst. In Verbindung mit NMD soll RMA den USA eine unanfechtbare Weltmachtstellung, weltweite Handlungsfreiheit und gezielte Interessenwahrnehmung ermöglichen.

Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Kombination auf das transatlantische Verhältnis werden die Partner der USA erst während der neuen Administration in vollem Umfang erkennen. Allerdings darf dies nicht zu der irrigen Schlussfolgerung veranlassen, die absehbaren Veränderungen seien das Ergebnis einer dramatischen Schwerpunktverlagerung. Die Leitgedanken der "Joint Vision 2020" sind innerhalb der amerikanischen Führungsschicht *communis opinio*. Es geht um die Beherrschung des gesamten Risikospektrums durch die USA: "Full Spectrum Dominance" lautet deshalb der Auftrag. Voraussetzungen sind weltweite Informationsüberlegenheit und ein permanenter Vorsprung technologischer Innovationsfähigkeit in strategischen Schlüsselbereichen der Forschung und Wehrtechnik.

Zur Verteidigung vitaler US-Interessen sollen die amerikanischen Streitkräfte auf zwei Kriegsschauplätzen auf See und zu Land, in der Luft und im erdnahen Weltraum zeitlich überlappend jeden Gegner schlagen können. Durch den optimierten Einsatz modernster Informations- und Waffen-

systeme sollen mit möglichst geringem Kräfteaufwand in kürzester Zeit über weiteste Entfernungen hinweg die vorgegebenen Operationsziele erreicht werden. Das Spektrum reicht von der strategischen Abschreckung über kurze Interventionen in Regionalkonflikten bis hin zur bewaffneten Überwachung eines Waffenstillstands oder zur Teilnehme an humanitären Hilfsaktionen.

Das zeitgeschichtliche Leitbild der "Joint Vision 2020" ist durchaus erkennbar. Aber hinter der erfolgreichen Operation "Desert Storm", der Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait, zeichnen sich ältere strategische Leitvorstellungen des britischen Empire ab. Aus einer kontinentalen, künftig durch NMD geschützten Insellage heraus sollen Amerikas Streitkräfte keine längerfristigen und kostspieligen Ordnungsaufgaben übernehmen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, kurzfristig, weltweit, flexibel und gezielt vitale amerikanische Interessen wahrzunehmen und durchzusetzen. Ein Höchstmaß an Mobilität, eine genau kalkulierte Logistik und überlegene Präzisionswaffen sind die Voraussetzungen des Erfolgs. Keine oder nur ganz geringe eigene Verluste sind Voraussetzung innenpolitischer Unterstützung.

Die Beherrschung des Gegners durch Informationsvorsprung, seine Ausschaltung durch Abstandswaffen und der rasche Rückzug nach erfolgreicher Intervention fügen sich nicht nur zum Leit- und Wunschbild amerikanischer Militärs. Sie komplettieren auch das Panorama ökonomischer und zivilisatorischer Globalisierung unter US-Ägide, das dem zivilen, liberalen Establishment vor Augen schwebt. Thomas L. Friedman hat die "pax americana" in seinem Bestseller "The Lexus and the Olive Tree" mit kräftigen Strichen skizziert: "It is the system that has replaced the Cold War system, and, like that Cold War system, global-

ization has its own rules and logic that today directly or indirectly influence the politics, environment, geopolitics and economics of virtually every country in the world." Und der erfahrene Nahost-Kriegsberichterstatte und erfolgreiche "salesman" der Globalisierung fasst kurz zusammen: "Today there is only free-market vanilla and North Korea".

## Und Europa?

Möglicherweise wird sich der gemeinsame Kosovo-Einsatz der NATO im Rückblick als militärischer Höhe- und Wendepunkt atlantischer Partnerschaft erweisen. Er hat in den USA die Tendenz verstärkt, die weltweite Wahrnehmung amerikanischer Interessen von regionalpolitischen Ordnungsaufgaben säuberlich zu trennen. Obwohl sich gerade die jüngeren Mitglieder des außenpolitischen Führungsteams von Bush als "Europeanists" verstehen, bedeutet auch für sie die konsequente Transformation der US-Sicherheitspolitik in erster Linie die beschleunigte Veränderung transatlantischer Beziehungen.

Unbehagen über bündnispolitische Verpflichtungen jenseits der Ozeane ist in Washington nichts Neues. Aber in einer grundlegend veränderten internationalen Konstellation wird die langfristige Verstrickung in gefährliche Balkanoperationen als unnötig, lästig und teuer angesehen. Wenn die Europäer Ruhe und Frieden wünschen, dann soll die militärische Stabilisierung auch in Zukunft unter amerikanischer Ägide erfolgen; die USA werden Informations- und Führungssysteme, Luftstreitkräfte und Seetransport zur Verfügung stellen. Die finanzielle Lastenteilung bleibt auf der Tagesordnung. Aber: Wer künftig in Europa aus humanitären Erwägungen Massenvertreibungen verhindern und in den Schluchten des Balkans liberale Zivilgesellschaften aufbauen will, der möge dies

bitte mit eigenen Bodentruppen, Polizisten und Geldmitteln tun.

Aber die amerikanische Strategiedebatte geht über regionalpolitische Konfliktszenarien hinaus. NMD und RMA haben Konsequenzen für die atlantischen Handelsbeziehungen, für Industrie- und Wissenschaftspolitik. Amerikas militärischer Vorsprung hängt entscheidend von den rasanten Innovationszyklen ziviler Forschungseinrichtungen ab. "Dual use", die gleichzeitige Nutzung von Industrieprodukten für zivile und militärische Zwecke, ist nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Einerseits entfällt die traditionelle Unterscheidung militärischer und ziviler Forschung, andererseits häufen sich Proliferationsrisiken durch zivilen know-how-Transfer. Die Übertragung nationaler US-Sicherheitsstandards und wehrtechnischer Handelsbeschränkungen auch auf zivile Systeme liegt nahe.

Neben verstärkten Kontrollen und reduzierter internationaler Kooperation gehört künftig der gezielte "brain drain" in die USA zur amerikanischen Gesamtstrategie. Die USA sind als Studien- und Forschungsstandort für die akademischen Eliten Europas, Asiens und Lateinamerikas schon heute von nicht zu überbietender Attraktivität. Was kümmert die amerikanische Politik im Zeitalter der Globalisierung das miserable eigene öffentliche Schulsystem, wenn gleichzeitig die Universitäten des Landes weltweit die besten Studenten und Forscher ins Land holen. Die konzentrierte gesellschaftliche Förderung der US-Spitzenuniversitäten schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe: Hohe staatliche Aufwendungen für den schulischen Grund- und Sekundarbereich werden gespart, die unangefochtene Spitzenstellung der USA als Wissenschaftsstandort gesichert, Spitzenbegabungen aus aller Welt ins Land geholt, anderen Kontinenten strategisch ge-

fährliches intellektuelles Potential entzogen. Anders formuliert: Die USA vernachlässigen das eigene öffentliche Schulsystem, schöpfen aber weltweit den geistigen Rahm ab. Mit Sorge sehen nicht nur französische Beobachter, dass in Frankreich mit öffentlichen Mitteln ausgebildete Spitzenwissenschaftler von US-Universitäten abgeworben werden und mit ihren besten Doktoranden und Assistenten über den Atlantik ziehen.

### **Eine eigene Agenda**

Es hat nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun, wenn die von der US-Elite vorangetriebene Transformation der internationalen und atlantischen Beziehungen als Herausforderung an Europa verstanden wird. Nach den US-Novemberwahlen werden sich die Tagesordnungspunkte der US-Agenda sehr schnell und deutlich abzeichnen. Um dann atlantische Kooperation und internationale Sicherheitspolitik aus europäischer Perspektive mitzugestalten, müssen die Europäer wissen, was auf sie zu kommt, was sie wollen und was sie können. Europa muss seine eigene Agenda des Wandels definieren, mit der amerikanischen Tagesordnung vergleichen und dort, wo es möglich ist, mit den USA abstimmen. Wahrscheinlich wird Europa ähnliche Themen formulieren, mit Sicherheit aber andere Prioritäten setzen. Sie lauten: Konsolidierung und Erweiterung der Europäischen Union, Stabilisierung der eigenen Peripherie, Kooperation mit den Transformationsstaaten, vor allem mit Russland und der Ukraine.

Die Bedrohung durch ballistische Trägersysteme in den Händen von Risikostaaten ist Ernst zu nehmen. Jedoch befindet sich Europa geostrategisch in einer anderen Lage als die USA und wird nach anderen, wenn möglich kompatiblen und hoffentlich billigeren Lösungen suchen müssen. Der Raketenbedrohung muss

auf der Zeitschiene differenziert begegnet werden: Am Anfang steht die strikte Proliferationskontrolle und -sperre, sie ist durch konsequente Aufklärung und Beobachtung der Risikostaaten zu begleiten. Präventive Abrüstung kann sich anschließen. Israel hat Anfang der achtziger Jahre im Irak gezeigt, welche Optionen sich hier bieten. In längerfristiger Perspektive zeichnen sich schließlich europäische Theater Defence Missiles und, wenn möglich, eine gemeinsame Raketenabwehr der nördlichen Hemisphäre von Vancouver nach Vladivostok ab.

So erinnern die bevorstehenden US-Wahlen 2000, unabhängig von Verlauf und Ergebnis daran, dass Europa sicherheitspolitisch seine Hausaufgaben zügig erledigen muss: Es kann die Zukunft mitgestalten oder eine zum NATO-Gipfel 2002 von Washington vorgelegte Tagesordnung abnicken und abarbeiten. Europa kann sich und die Atlantische Allianz als lebensfähiges Bündnis erhalten oder zum absterbenden Holz am Stamm amerikanischer Weltpolitik werden. Europa kann im Bündnis mit den USA, in Partnerschaft mit Russland und den neuen Mächten Asiens zur tragenden Säule des 21. Jahrhunderts werden, – oder es wird lediglich ein Stein unter anderen im amerikanischen Weltgebäude sein. An der Agenda des Wandels wird in den USA gearbeitet, europäische Alternativen zeichnen sich ab. Fraglich ist nur, ob Europas politische Klasse sie überhaupt noch zur Kenntnis nehmen will.

---

atlanticus

**IMPRESSUM**

**Denkwürdigkeiten**

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

**Herausgeber**

Der Vorstand der PMG  
Postfach 1928, 53009 Bonn

**Redaktion**

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)  
Tel./Fax 0039-0650525101

**E-Mail**

ralph\_thiele@hotmail.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen  
sechsmal jährlich nach den  
Mittwochstreffen der **pmg**.

